

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 01/0569/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 06.06.2019 Verfasser:						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 03.04.2019 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="188 667 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 667 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 667 1374 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="188 701 379 734">26.06.2019</td> <td data-bbox="387 701 954 734">Hauptausschuss</td> <td data-bbox="962 701 1374 734">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	26.06.2019	Hauptausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
26.06.2019	Hauptausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses vom 03.04.2019.

Philipp

Oberbürgermeister

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 03.04.2019 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

29. April 2019

Sitzungstermin:	Mittwoch, 03.04.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:12 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Oberbürgermeister Marcel Philipp

Bürgermeisterin Hilde Scheidt

Ratsherr Harald Baal

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Josef Hubert Bruynswyck

Vertretung für: Ratsherr Friedrich
Beckers

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsfrau Rosa Höller-Radtke

Ratsfrau Claudia Plum

Vertretung für: Bürgermeisterin Dr.
Margrethe Schmeer

Ratsfrau Ye-One Rhie

Vertretung für: Ratsherr Karl
Schultheis

Ratsherr Michael Servos

Ratsfrau Melanie Astrid Seufert

Ratsherr Marc Teuku

Ratsfrau Ulla Thönnissen

Abwesende:

Ratsherr Friedrich Beckers

- entschuldigt -

Bürgermeisterin Dr. Margrethe Schmeer

- entschuldigt -

Ratsherr Karl Schultheis

- entschuldigt -

von der Verwaltung:

Frau Stadtdirektorin Grehling

Dezernat II

Frau Beigeordnete Schwier

Dezernat IV

Herr Beigeordneter Dr. Kremer

Dezernat V

Herr Beigeordneter Prof. Dr. Sicking

Dezernat VI

Herr Baurmann

Personalrat

Herr Büttgens

Fachbereich Presse und Marketing

Herr Emmerich

Fachbereich Rechnungsprüfung

Herr Hammers

Fachbereich Personal und Organisation

Herr Kind

Fachbereich Finanzsteuerung

Frau Kleinholz

Fachbereich Personal und Organisation

Herr Kolobajew

Dezernat II

Frau Landskron

Aachener Stadtbetrieb

Herr Meyers

Personalrat

Herr Schavan

Gebäudemanagement

Herr Sellung

Dezernat I

Herr Thalau

Aachener Stadtbetrieb

Frau Wartmann

Fachbereich Sicherheit und Ordnung

Herr Wiezorek

Fachbereich Umwelt

Frau Wulf

Eurogress

Herr Zimmermann

Fachbereich Personal und Organisation

Frau Eschweiler

CDU-Fraktionsgeschäftsführung

als Schriftführer:

Herr Berg

Fachbereich Verwaltungsleitung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 23.01.2019
(öffentlicher Teil)
Vorlage: FB 01/0541/WP17**

- 3 **Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an
Sonntagen
Vorlage: FB 32/0019/WP17-1**

- 4 **Ratsantrag der Allianz für Aachen vom 17.08.2018: Hundefreundliches Aachen -
Leinenfreiheit für Welpen in städtischen Anlagen
Vorlage: FB 32/0020/WP17**

- 5 **Neues Kurhaus
Vorlage: E 88/0081/WP17**

- 6 **Bericht über die Mitgliederversammlung der Metropolregion Rheinland e.V. am
29.03.2019**

HA/33/WP.17

Ausdruck vom: 29.04.2019

Seite: 3/14

7 **Mitteilungen der Verwaltung**

8 **Organisationsuntersuchung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener
Stadtbetrieb:
hier – Präsentation der Ergebnisse durch die beauftragte Unternehmensberatung
Vorlage: FB 11/0336/WP17**

Nichtöffentlicher Teil

1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**

2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 23.01.2019
(nichtöffentlicher Teil):
Vorlage: FB 01/0542/WP17**

3 **Organisationsuntersuchung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener
Stadtbetrieb:
hier - Präsentation der Ergebnisse durch die beauftragte Unternehmensberatung**

4 **Neues Kurhaus:
Vorlage: E 88/0082/WP17**

5 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Philipp begrüßt alle Anwesenden und schlägt vor, den bisher für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgesehenen TOP 3 – Organisationsuntersuchung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener Stadtbetrieb – im öffentlichen Sitzungsteil als TOP 8 zu beraten.

Diese Änderung der Tagesordnung wird vom Hauptausschuss einstimmig so beschlossen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 23.01.2019 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 01/0541/WP17

Beschluss:

Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 23.01.2019.

zu 3 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Vorlage: FB 32/0019/WP17-1

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Verwaltung und Empfehlung der Bezirksvertretungen Aachen-Mitte und Aachen-Brand empfiehlt der Hauptausschuss bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich dem Rat der Stadt, den beiliegenden Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen als Ordnungsbehördliche Verordnung zu beschließen.

**zu 4 Ratsantrag der Allianz für Aachen vom 17.08.2018: Hundefreundliches Aachen -
Leinenfreiheit für Welpen in städtischen Anlagen
Vorlage: FB 32/0020/WP17**

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss folgenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

Der Antrag der Allianz für Aachen vom 17.08.2018 gilt damit als behandelt.

zu 5 Neues Kurhaus

Vorlage: E 88/0081/WP17

Frau Seufert, GRÜNE, erklärt, dass ihre Fraktion diesem Großprojekt kritisch gegenüberstehe. Es gebe wichtigere Dinge in dieser Stadt zu erledigen. Die Vorlage der Verwaltung werde man daher ablehnen.

Frau Plum, CDU, betont, dass die CDU das Projekt an sich positiv einschätze, mit der Vorlage aber gewisse Probleme habe. Sie könne zwar verstehen, dass der Eurogress für seine Mitarbeiter dort eine optimale Einrichtung anstrebe, allerdings habe man bereits mehrfach gesagt, dass in der oberen Etage des Neuen Kurhauses auch eine Büronutzung durch Dritte geplant werden solle. Es sei ihr nicht klar, weshalb nun ausgerechnet ein Lastenaufzug im rechten Gebäudeflügel bzw. das Treppenhaus im linken Gebäudeflügel dies nicht zulasse.

Auch das Argument, dass die Verwaltung des Eurogress bei einer räumlichen Trennung nicht optimal zusammenarbeiten könne, ziehe nicht. Beim Fachbereich Personal, der derzeit auch räumlich getrennt untergebracht ist, funktioniere dies auch und es gebe noch weitere Beispiele in der Verwaltung dafür.

Herr Teuku, PIRATEN, führt aus, dass seine Fraktion das Gesamtprojekt weiterhin ablehne. Man könne aber die vom Eurogress angeführten Synergie-Effekte bei der vorgeschlagenen räumlichen Planung durchaus nachvollziehen.

Er teilt ferner mit, dass am gestrigen Tage ein Gespräch mit den Betreibern des Musikbunkers stattgefunden habe. Die Betreiber hätten erklärt, dass noch niemand sie auf eine evtl. Nutzung des Untergeschosses im Neuen Kurhaus angesprochen habe.

Herr Deumens, DIE LINKE, kündigt die Zustimmung zu der Vorlage an, da man immer schon die Nutzung des Neuen Kurhauses durch den Eurogress favorisiert habe.

Frau Wulf erläutert, dass man in der Vorlage durchaus dargestellt habe, dass eine büroorientierte Vermietung im rechten Flügel des Obergeschosses möglich sei. Die Konsequenzen einer solchen Entscheidung würden aber auch aufgezeigt, und dies sei auch ihre Pflicht als Betriebsleiterin des Eurogress.

Für eine optimierte Nutzung sei eine Trennung im Foyerbereich sinnvoll. Bei Vermietungen von Veranstaltungsräumen dürften Dritte bei gewissen Veranstaltungen keinen Zutritt haben. Außerdem müsse man ja auch Einlasskontrollen wirksam durchführen können. Ohne räumliche Trennung könnten gewisse Veranstaltungen dort nicht stattfinden.

Herr Schavan führt aus, dass im linken Gebäudebereich das dortige alte Treppenhaus als zweiter Rettungsweg nicht nutzbar sei. Zum rechten Gebäudebereich habe man sich Gedanken machen müssen, wie man baufachlich unterschiedliche Nutzungen zusammenführen könne. Ein Lastenaufzug sei erforderlich, weil Tische und Stühle im Untergeschoss gelagert werden müssten. Auch Lager- und Kühlräume der Küche seien im Untergeschoss vorgesehen.

Herr Baal, CDU, fragt an, ob der Verwaltung etwas zu den Hintergründen eines Presseartikels bekannt sei, in dem kürzlich dargestellt wurde, dass jemand an das Neue Kurhaus noch etwas anbauen wolle. Er regt an, hierüber im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu sprechen.

Die bisherige Beschlussfassung des Hauptausschusses zu diesem Projekt sei eigentlich eindeutig. Man habe nun in gewisser Weise ein fast schon Brexit-ähnliches Erlebnis, wenn nun in einer dritten Vorlage zu diesem Sachverhalt schon wieder nur die Vorzugsvariante des Gebäudemanagements vorgeschlagen werde. Einmal gefasste Beschlüsse sollten nicht umgekippt werden. Die Politik lebe davon, dass sie sich darauf verlassen könne. Der Verfahrensablauf beginne schwierig zu werden. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Gebäudemanagements müsse wieder aufgebaut werden.

Herr Servos, SPD, äußert, dass die Verwaltung wohl wiederholt das Gleiche sage, weil sie der Überzeugung sei, dass es so richtig sei. Es werde bei diesem Projekt zwar viel über Geld diskutiert, aber im Vergleich zu den Kosten des Gesamtprojektes seien eventuell zu erzielende Einnahmen durch eine externe Büronutzung im Obergeschoss doch eher gering einzuschätzen. Ihn interessiere vielmehr die Frage, wie viel Zeit verloren ginge, wenn man sich an dieser Stelle heute noch nicht festlege.

Frau Scheidt, GRÜNE, betont, dass es schwierig sei, dieses Projekt in der Öffentlichkeit dazustellen. Es würden die teuersten Büroräume der Stadt geschaffen und dies sei nach außen hin nicht zu rechtfertigen.

Frau Breuer, CDU, entgegnet, dass den Aachenern das Neue Kurhaus durchaus wichtig sei. Eigentum verpflichte auch. Ein Verkauf odern ein Liegenlassen sei nicht zu verantworten. Nun sei es wichtig, sich bei der Bearbeitung an ein paar Regeln zu halten. Durch die Politik seien klare Aufträge erteilt worden.

Herr Schavan äußert zur Frage des weiteren Zeitablaufes bei einem Offenhalten der Varianten, dass man zwar zwei Parallelplanungen betreiben könne, dies aber schwieriger sei. Derzeit sei noch geplant, eine Entscheidung in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause zu ermöglichen. Er würde sich wünschen, einen klareren Auftrag zu erhalten und nehme jetzt mit, dass eine Priorisierung der beiden Varianten parallel erfolgen solle.

Herr Servos, SPD, äußert, dass er dies so verstehe, dass die Verwaltung bei Festlegung einer zweiten Variante eine entscheidungsreife Vorlage doch erst nach der Sommerpause vorlegen könne. Für ihn sei es auch in Ordnung, wenn man sich heute für eine Variante entscheide, die eine externe Büronutzung zwar grundsätzlich ermögliche, ohne sich aber jetzt schon festzulegen, ob vermietet werden oder eine komplette Nutzung durch den Eurogress erfolgen solle.

Herr Baal, CDU, dankt Herrn Schavan für die erläuternden Hinweise. Zielmarke solle eine Entscheidung vor der Sommerpause bleiben. Man erwarte eine Vorlage, die die präferierte Variante im Detail darstelle und eine zweite Variante mit geringerer Planungstiefe, die aber die Punkte aufgreife, die sich von der präferierten Variante unterscheiden.

Herr Oberbürgermeister Philipp schlägt vor, den bisherigen Beschlussentwurf dahingehend zu ergänzen, dass eine abschließende Entscheidung über eine Verwendung der Räume im Obergeschoss erst nach Vorlage einer Kostenberechnung wie vorgetragen erfolge. Er betont, dass die Verwaltung ein starkes Interesse daran habe, bei diesem Projekt keine Zeit zu verlieren. Die Planung solle so fortgeführt werden, dass auch durch eine Einarbeitung einer zusätzlichen Variante kein zusätzlicher Zeitverlust entstehe.

Herr Schavan äußert, dass man im Falle einer Entscheidung für eine Büronutzung durch Dritte zur Durchführung einer seriösen Planung einen Schritt wieder zurückgehen müsse.

Herr Deumens, DIE LINKE, äußert Verwunderung darüber, dass die SPD zunächst doch eine eigene Meinung zu diesem Thema geäußert habe, jetzt sich aber doch der Koalitionsmeinung anschließe.

Beschluss:

Der Hauptausschuss erwartet vor dem Hintergrund der dargestellten Situation eine detaillierte Vorlage für die präferierte Variante sowie die Vorlage einer zweiten Variante mit geringerer Planungstiefe, die die Punkte aufgreift, die sich von der präferierten Variante unterscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10 Ablehnung: 4 Enthaltung: keine

HA/33/WP.17

Ausdruck vom: 29.04.2019

Seite: 8/14

**zu 6 Bericht über die Mitgliederversammlung der Metropolregion Rheinland e.V. am
29.03.2019**

Frau Thönnissen, CDU, berichtet, dass die Mitgliederversammlung der Metropolregion Rheinland am 29.03.2019 in Neuss sehr harmonisch verlaufen und eine Aufbruchstimmung festzustellen gewesen sei. Am Anfang der Tagesordnung sollte eigentlich Herr Professor Kampker von der RWTH Aachen einen Vortrag zum Thema Mobilitätsforschung und Wertschöpfung im Rheinland halten. Er habe sich aber kurzfristig vertreten lassen müssen. Der Vortrag sei aber dennoch sehr gelungen und interessant gewesen. Der Jahresabschluss sei verabschiedet worden. Zur neuen Vorsitzenden sei mit 96 % der Stimmen die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker gewählt worden. Zu Stellvertretern wurden der Oberbürgermeister von Solingen, die Landräte des Kreises Mettmann und des Rhein-Sieg-Kreises, sowie die Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf und der IHK Bonn/Rhein/Sieg gewählt.

Herr Oberbürgermeister Philipp gehört jetzt dem Vorstand an. Der gesamte neue Vorstand ist bei 3 Enthaltungen einstimmig gewählt worden. Für die Dauer von zwei Jahren wurde die Städteregion Aachen als Rechnungsprüfer gewählt.

Ferner sei auch der Budgetplan 2019 verabschiedet worden. Insgesamt sei durch diese Versammlung ein gutes Signal des Aufbruches gesendet worden.

Herr Deumens, DIE LINKE, fragt an, ob es auch einen inhaltlichen Input zu dieser Versammlung gegeben habe.

Frau Thönnissen, CDU, antwortet, dass dies mit dem Vortrag zur Mobilitätsforschung erfolgt sei. Man sei sich einig gewesen, dass die großen Städte diese Forschung vorantreiben sollten, wobei das Augenmerk auch darauf gelegt werden soll, dass die Wertschöpfung auch im ländlichen Raum stattfinden solle.

Herr Servos, SPD, äußert, dass er die Metropolregion durchaus als eine Institution ansehe, die kritisch zu hinterfragen ist. Nachdem nun neue Strukturen festgelegt wurden, sollte man ihr aber ein Jahr Zeit geben und danach noch einmal nach dem Mehrwert für die Stadt Aachen fragen.

Herr Teuku, PIRATEN, führt aus, dass ihm nicht klar sei, welche Maßnahmen die Metropolregion nun konkret angehen wolle.

Frau Scheidt, GRÜNE, kritisiert, dass kein Jahresprogramm vorgelegt worden sei.

Herr Baal, CDU, betont, dass Zielsetzung der Metropolregion immer sei, Vernetzungen herzustellen. Man könne nicht erwarten, dass die Metropolregion von sich aus eigene neue Themen aufgreife und diese alleine nach vorne treiben könne.

Frau Thönnissen, CDU, weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt ja eigentlich „Bericht über die Mitgliederversammlung“ heiße. Man wisse, dass die Metropolregion jetzt liefern müsse. Aber man müsse ihr auch die Zeit geben, etwas Neues aufzubauen. Zu den Aufgaben gehöre auch, Fördermittel in Berlin und Brüssel aufzutreiben. Dies sei aber nicht innerhalb von zwei Monaten möglich. Für das nächste Jahr stehe auch eine Evaluation auf dem Plan.

Herr Oberbürgermeister Philipp betont, dass es bisher nicht zuviel regionale Vernetzung gegeben habe, sondern eher zu wenig. Beim Thema Kohleausstieg habe man großes Glück gehabt, dass nur aufgrund guter persönlicher Verbindungen erreicht werden konnte, dass die hiesige Region dabei gut weggekommen sei.

Die regionale Vernetzung müsse daher vorangetrieben werden und dies können man gut in der Struktur der Metropolregion Rheinland machen. Deswegen habe er sich auch zur Mitarbeit im Vorstand entschlossen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

zu 8 Organisationsuntersuchung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener

Stadtbetrieb:

hier – Präsentation der Ergebnisse durch die beauftragte Unternehmensberatung

Vorlage: FB 11/0336/WP17

Herr Dr. Kremer führt in das Thema ein und weist darauf hin, dass die Verwaltung am 19.09.2018 dem Hauptausschuss informiert habe, dass man eine Organisationsuntersuchung in Auftrag geben werde und ein geeignetes Unternehmen dafür suche. Im November 2018 sei dann die Firma PKF entsprechend beauftragt worden. Heute könnten nun erste Ergebnisse dargestellt werden, die eine Zusammenfassung des Berichtes seien, der sich aktuell im Beteiligungsverfahren mit dem Personalrat befinde. Er gehe davon aus, dass der Gesamtbericht den Ausschussmitgliedern nach Erstellung der Niederschrift zur Kenntnis gegeben werden könne.

Es sei beabsichtigt, dass sich der Personal- und Verwaltungsausschuss am 23.05.2019 mit dem Thema befasse und dass der Betriebsausschuss Aachener Stadtbetrieb am 18.06.2019 informiert werde. Heute gehe es erst einmal um einen informativen Auftakt. Die präsentierten Informationen könne man sacken lassen, um sich dann damit in Ruhe beschäftigen zu können.

Anschließend präsentieren Herr Tüscher und Frau Lickfett von der Fa. PKF in einer Zusammenfassung die Ergebnisse der vorgenommenen Untersuchung.

Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Oberbürgermeister Philipp betont, dass diese Präsentation heute nur der Auftakt zu einer Diskussion sein solle. Es gebe keinen Grund, ein hektisches Umsteuern vorzunehmen. Gleichwohl hätten sich Feststellungen ergeben, deren Aufarbeitung man im Auge behalten müsse.

Eine Klärung der Frage zu einer möglichen Reorganisation werde einen hohen Aufwand erfordern. Dennoch sei es die Mühe wert, sich in den kommenden Monaten damit im Detail und in Ruhe zu befassen.

Herr Baal, Herr Teuku und Frau Scheidt danken für den informativen Vortrag.

Herr Servos, SPD, äußert, dass dieses Thema auch den Betriebsausschuss Aachener Stadtbetrieb umfassen beschäftigen werde.

Frau Breuer, CDU, geht auf die von den Vortragenden erwähnten Abstimmungsprobleme beim Thema Straßen ein und plädiert dafür, dies schnell anzugehen, da es dabei immer wieder hake.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ergebnisse der mit der Organisationsuntersuchung des Aachener Stadtbetriebes beauftragten Unternehmensberatung zur Kenntnis.